



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

hauptstadt magazin



Juli/August 2013

dbb berlin kritisiert Besoldungs- politik des Senats

**Antrittsbesuch beim Regierenden Bürgermeister
von Berlin**



Bodo Pfalzgraf (stellv. Landesvorsitzender dbb berlin), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Klaus Wowereit (Regierender Bürgermeister), Monika Opitz und Bernd Raue (stellv. Landesvorsitzende dbb berlin) (von links).

Berliner Beamtinnen und Beamte sind weiter die Sondersparschweine des Senats

dbb berlin kritisiert Senatsbeschluss

Die Abgeordneten des Landes Berlin haben für sich selbst einen Diätenautomatismus erdacht und beschlossen. Nur die Beamtinnen und Beamten sind weiterhin die Sondersparschweine Berlins und warten immer noch auf eine angemessene Angleichung ihrer Gehälter.

Der dbb berlin kritisiert die nunmehr langjährige Missachtung der guten Arbeit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Schärfste.

„Die Kolleginnen und Kollegen haben es satt, jederzeit zu Mehrarbeit und Überstunden herangezogen zu werden und der Senat – mit dem Regierenden Bürgermeister an der Spitze – nichts, aber auch gar nichts dafür tut, dass in Berlin endlich wieder Bezahlungsgerechtigkeit und Wertschätzung einkehren. Ich fordere den Senat – aber auch die Regierungskoalition im Abgeordnetenhaus – auf, sich endlich wieder für eine gerechte Bezahlung ihrer Beamtinnen und Beamten einzusetzen, damit bis 2017 die Besoldung in Berlin an das Durchschnittsniveau der anderen Bundesländer angeglichen ist, so wie bei den Tarifbeschäftigten bereits vereinbart“, so Frank Becker,

Landesvorsitzender des dbb berlin, anlässlich der Senatssitzung am 25. Juni 2013.

Die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin haben bereits mehrere Milliarden Euro in den letzten Jahren eingespart, sie hinken ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern einkommensmäßig weiter im zweistelligen Prozentbereich hinterher und sollen nun mit 2,5 % in 2014 und 2015 abgespeist werden. Dies hat mit Wertschätzung der Arbeit, die diese Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, Feuerwehr, Justiz, an den Schulen und in der allgemeinen Verwaltung tagtäglich für ihr Land unter immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen verrichten, rein gar nichts mehr zu tun. Das Maß ist voll, und der Senat und das Abgeordnetenhaus müssen endlich handeln.

dbb berlin beim Regierenden Bürgermeister

Klaus Wowereit verteidigt Senatsbeschluss

Beim Antrittsbesuch der neu gewählten Landesleitung des dbb berlin kritisierte Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin, den Senatsbeschluss über die geplante Besoldungserhöhung von jeweils 2,5 % für die Jahre 2014 und 2015.

Einleitend sicherte Frank Becker dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit zu, dass sich der dbb berlin auch weiterhin konstruktiv und kritisch zu Themen des öffentlichen Dienstes zu Wort melden und darüber hinaus auch zukünftig das Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister suchen wird.

Es werde den Regierenden Bürgermeister nicht wundern, dass als erstes Thema die Besoldungsfrage in Berlin auf der Tagesordnung dieses Gesprächs stehe, so Frank Becker zu Beginn des Gesprächs. Unzufrieden seien die Beamtinnen und Beamten mit dieser Besoldungserhöhung, die auch aus der Sicht des dbb berlin nicht perspektivisch ausgerichtet ist und

noch nicht einmal andeutungsweise eine Angleichung an den Bundesdurchschnitt bis zum Jahre



Frank Becker und Klaus Wowereit

2017 erkennen lässt. Auch wäre es aus der Sicht von Frank Becker zwingend notwendig gewesen, dass diese Besoldungserhöhungen nicht jeweils zum 1. August, sondern zum 1. Januar in Kraft treten – so wie im Tarifbereich auch.

Der Regierende Bürgermeister rechtfertigte die vorgesehenen Erhöhungen insbesondere unter Hinweis auf das Ergebnis des Zensus und der daraus resultierenden finanziellen Folgen für das Land. Darüber hinaus, so Klaus Wowereit, erfolge durch diese Erhöhungen durchaus eine Angleichung. Der Regierende Bürgermeister ging in diesem Zusammenhang auf die Förderalismusreform ein, die eben eine unterschiedliche Bezahlung in den Bundesländern zulasse. Ein Mangel an neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern könne er im Land Berlin nicht erkennen, da die ausgeschriebenen Stellen regelmäßig neu besetzt werden.

Kritisch betrachtete er allerdings die Tatsache, dass die im Haushalt zur Verfügung gestellten Ausbildungsmittel nicht ausgeschöpft werden.

Eingefordert wurde seitens des dbb berlin eine Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten. Diese komme viel zu kurz. In diesem Zusammenhang erinnerte Frank Becker an die Ungleichbehandlung bei der Jubiläumszuwendung, die seit 2003 nicht mehr an die Beamtinnen und Beamten gezahlt wird, während diese für die Tarifbeschäftigten auch weiterhin im Tarifvertrag verankert ist. Er forderte, dass die Jubiläumszuwendung, die die Arbeit für das Land Berlin nach 25, 40 oder gar 50 Dienstjahren würdigen soll, wieder eingeführt wird. Der Regierende Bürgermeister regte hier eine Kostenberechnung für die Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung an.

Die mangelnde Aufgabenkritik im Land Berlin wurde seitens des dbb berlin ebenfalls kritisiert. Stattdessen werden die pauschalen Kürzungen im Personalbereich, die zu Aufgabenverdichtungen führen, auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Die Folgen sind Überlastungen und krankheitsbedingte



Der Regierende Bürgermeister, Klaus Wowereit und Landesvorsitzender des dbb berlin, Frank Becker, im Gespräch.

Ausfälle, die zusätzlich für eine Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen sorgen. Hinzu komme in einigen Bereichen, so z. B. im Justizvollzug, der Weggang von Kolleginnen und Kollegen in andere Bundesländer, die bis zu 250 Euro mehr in derselben Besoldungsgruppe zahlen.

Hinterfragt wurde auch die Haltung des Senats zur Lehrerverbeamtung. Hierzu sagte Klaus Wowereit, dass eine Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer weiterhin nicht geplant sei.

gkl berlin beim Motzstraßenfest

Der Arbeitskreis „Queerdenker gegen Homophobie“ der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) hat die Besucher des sogenannten Motzstraßenfestes (lesbisch-schwules Straßenfest) am 15./16. Juni 2013 über seine Arbeit informiert. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst und Mitglieder aus verschiedensten Fachgewerkschaften haben sich positiv über die Anwesenheit der gkl berlin und von Vertretern des dbb beamtenbund und tarifunion geäußert und die Gewerkschaften ermuntert, sich weiterhin für Lesben und Schwule im öffentlichen Dienst einzusetzen. Die gkl berlin hat an diesem Straßenfest erstmalig teilgenommen. Neben vielen anderen Helferinnen und Helfern, denen für ihr Engagement außerordentlich zu danken ist, waren am Info-Stand u. a. auch die Landesvorsitzende der gkl berlin, Cornelia Stemmler, der Landesvorsitzende des dbb ber-



Frank Becker, Cornelia Stemmler und Philipp W. Ehlert (von links)

lin, Frank Becker, und der Vorsitzende des Arbeitskreises Queerdenker, Phillip W. Ehlert, vertreten.

Wir sind näher dran

Der BSBD – Gewerkschaft Strafvollzug Landesverband Berlin e. V.

Der BSBD – Gewerkschaft Strafvollzug Landesverband Berlin e. V. versteht sich als konsequenter und kompetenter Vertreter der berufsspezifischen Interessen aller Bediensteten im Justizvollzug. Er ist die Gewerkschaft der Vollzugsbediensteten in der Bundesrepublik Deutschland. Durch die Mitgliedschaft im dbb beamtenbund und tarifunion ist der BSBD als Fachgewerkschaft aktiv an allen Regelungen zu beamtenrechtlichen und tariflichen Belangen beteiligt.

Der BSBD hat in allen 16 Bundesländern Deutschlands Landesverbände und organisiert ca. zwei Drittel aller im Justizvollzug beschäftigten Beamten und Beamtinnen sowie Tarifbeschäftigten. Eingebunden in die große Solidargemeinschaft von rund 1,3 Millionen Mitgliedern im dbb beamtenbund und tarifunion nimmt der BSBD erfolgreich Einfluss auf Verwaltung, Politik und Gesetzgebung.

Wir sind innerhalb des dbb beamtenbund und tarifunion berlin zusammen mit den Justizgewerkschaften und Berufsverbänden in der Lage, in verbandsübergreifenden Angelegenheiten durch die Bündelung der Kräfte sachgerechte Problemlösungen durchzusetzen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum geltenden Streik- und Schlichtungsrecht für Tarifbeschäftigte und verfügen über die erforderlichen Rücklagen zur Durchführung von Arbeitskämpfen.

Wir setzen uns aktiv für eine klare und sichere berufliche Perspektive aller Beschäftigten im Justizvollzug des Landes Berlin ein, d. h. also auch für eine gerechte und leistungsangemessene Bezahlung aller Justizvollzugsbediensteten. Berlin darf nicht weiter das Schlusslicht in der bundesweiten Bezahlung sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass für die Besetzung der Ämter und Stellen auf allen Ebenen allein die Fachkompetenz, also Eignung, Befähigung und fachliche Leistungen, unter Berücksichtigung der sozialen Belange der Beschäftigten entscheidet; gegenläufige Tendenzen entsprechen nicht den berufspolitischen Vorstellungen des BSBD-Berlin.

Wir wollen, dass der Justizvollzug die gesellschaftliche Anerkennung erhält, die die schwierigen Aufgaben im Umgang mit den Inhaftierten verdient. Wir sind keine Schließer und Wärter und verdienen hierfür entsprechende Anerkennung. Auch von den politisch Verantwortlichen! Dabei ist den Beschäftigten



die notwendige Wertschätzung auch finanziell, entgegenzubringen.

Wir setzen uns für eine ständige Aus- und Fortbildung der Beschäftigten im Justizvollzug ein. Dabei kommt der beruflichen Weiterentwicklung und Qualifizierung eine besondere Bedeutung zu. Hier werden auch über die dbb akademie (www.dbb-akademie.de) vielfältige Fortbildungen berufs begleitend oder auch persönlich angeboten.

Wir fordern einen umfangreichen Gesundheitsschutz und eine Gesundheitsförderung für die Beschäftigten im Berliner Vollzug. Ziel muss es sein, den berufsbedingten Krankenstand zu reduzieren und nach besonderen Vorfällen eine entsprechende Betreuung der Beschäftigten sicherzustellen.

Wir haben uns maßgeblich für die Einrichtung der Sozialberatung eingesetzt und unterstützen auch jetzt diese Einrichtung. Sie bietet den Beschäftigten in schwierigen Lebenslagen eine gezielte Unterstützung an.

Wir bieten unseren Mitgliedern über das dbb vorsorgewerk (www.dbb-vorsorgewerk.de) umfangreiche Hilfestellungen in allen dienstlichen und privaten Lebenslagen an. Dabei ist uns natürlich auch die rechtliche Vertretung unserer Mitglieder sehr wichtig.

Der BSBD-Berlin bekennt sich ausdrücklich zu den gesetzlichen Aufgaben, die dem Justizvollzug per Gesetz übertragen wurden und steht ausdrücklich zum Berufsbeamtentum. Wir sehen nicht nur die Sicherheit als wichtige Aufgabe an, sondern auch die Betreuung und Behandlung der Inhaftierten im Rahmen der Resozialisierung. Dem Vollzug müssen alle notwendigen Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um alle gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Jetzt Mitglied werden!

Weitere Informationen zum BSBD LV Berlin unter www.bsbd-berlin.de

Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Berlin

Wer ist der Verband Bildung und Erziehung?

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Landesverband Berlin e.V. ist eine Gewerkschaft für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie pädagogische Mitarbeiter aller Schul- und Erziehungseinrichtungen im Lande Berlin. Er bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ist parteipolitisch und konfessionell nicht gebunden. Der VBE Landesverband Berlin ist ein eingetragener Verein. Er ist Mitglied des Verbandes Bildung und Erziehung auf Bundesebene. Der VBE ist Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion berlin.

Was will der Verband Bildung und Erziehung?

Der VBE Berlin setzt sich ein:

- > für die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer,
- > für gleiche Bezahlung in allen Schularten,
- > Senkung der Unterrichtsverpflichtung der Berliner Lehrerschaft,
- > für Gleichheit der Unterrichtsverpflichtung bei allen Schularten,
- > für eine zehnpromtente Vertretungsreserve im Lehrer- und Erzieherbereich
- > für einen fundierten Personalentwicklungsplan,
- > für eine Angleichung der Beamten und Tarifbeschäftigten an das Niveau in anderen Bundesländern bis spätestens 2017,
- > für ein Studium und eine Ausbildung, deren Anerkennung in allen Bundesländern entsprechend dem Bologna-Abkommen garantiert ist,
- > für die Förderung und Vertretung der wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Interessen ihrer Mitarbeiter,
- > für ein Gesundheitsmanagement, das den Namen auch verdient,
- > für die Vertretung der Mitglieder bei der Gestaltung ihrer dienstrechtlichen Beziehungen und des Arbeitsplatzes,
- > für die Weiterentwicklung des Dienst- und Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifrechts.

Schulpolitisch setzt sich der VBE Berlin ein:

- > für die Einstellung von ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erzieher,
- > für die Förderung von Schülerinnen und Schülern, auch Hochbegabter, durch Binnendifferenzierung, aber auch durch äußere Differenzierung,



- > für eine intensive, am Kind orientierte Sprachförderung durch Lehrerinnen und Lehrer,
- > für eine angemessene Leistungsanforderung,
- > für eine Stärkung der erzieherischen Komponente,
- > für eine ausreichende finanzielle, personelle, bauliche und sächliche Ausstattung der Berliner Schulen, besonders bei der Umsetzung des inklusiven Unterrichts, bei Beibehaltung der Förderzentren,
- > für die Wiedereinführung der Vorklassen und die Erhöhung des Einschulalters,
- > für Umwelt-, Friedens-, Gesundheits- und Werteerziehung.

Was bietet der VBE seinen Mitgliedern?

- > eine Berufshaftpflichtversicherung (inkl. Schlüsselversicherung bis 50.000 €),
- > Freizeit-Unfall-Versicherung (inkl. Krankenhaustagegeld und Kurbeihilfe),
- > Berufsrechtsschutz gemäß Rechtsschutzordnung des dbb beamtenbund und tarifunion,
- > Bezug der VBE-Zeitung „VBE aktuell“ und „B & E“ des VBE-Bund,
- > Bezug des VBE-Lehrerkalenders,
- > Rechtsberatung, Pensionsberatung und -berechnung, Überprüfung von Beihilfebescheiden,
- > Sonderkonditionen bei Renten-, KFZ- und Sterbegeldversicherungen,
- > Beitragsfreiheit und einmalig einen Studienfahrtzuschuss für Studenten,
- > Sammlung schulrechtlicher Vorschriften,
- > dreimonatige beitragsfreie Schnuppermitgliedschaft.

VBE-Landesverband Berlin

Ebersstraße 10, 10827 Berlin
 Telefon 030.7879540, Fax 030.78795411
 E-Mail: post@vbe-berlin.de



dbb
verlag

Marktplatz

Nur für Mitglieder der dbb Mitgliedsgewerkschaften

Der dbb verlag bietet seinen Kunden einen Kleinanzeigenmarkt an – den dbb verlag Marktplatz. In mehreren Kategorien können Mitglieder des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften Gegenstände suchen, anbieten, tauschen oder empfehlen. In verschiedenen Kategorien können Sie Angebote einstellen oder Schnäppchen suchen.

Wie meldet man sich an?

Kunden des dbb verlag, die bereits ein Nutzerkonto im Shopsystem haben, müssen in der Kontoverwaltung nur noch Ihre Gewerkschaft auswählen. Haben Sie noch kein Konto, können Sie sich über das Registrierungsformular anmelden. Es ist in allen Fällen eine Registrierung nötig, um auf den Marktplatz zugreifen zu können.

Warum eine Registrierung?

Sinn des Marktplatzes ist der Austausch bzw. Verkauf zwischen Kollegen. Um dies sicherstellen zu können, muss eine Registrierung erfolgen. Außerdem sind wir gesetzlich dazu verpflichtet Kontaktdaten von Nutzern aufzunehmen, wenn diese Waren oder Dienstleistungen über unser Portal anbieten.

Wie stelle ich ein Angebot ein?

Über eine bequeme Maske können Sie Ihre Anzeige im Portal aufgeben. Wählen Sie eine Kategorie, die Ihnen für das Angebot passend erscheint und beschreiben Sie das Produkt. Sie können bis zu drei Bilder hochladen.

Wie treten Interessenten mit mir in Kontakt oder ich mit Anbietern?

Im Portal gibt es die Möglichkeit Nachrichten direkt an den Anbieter zu versenden. In Ihren Kontoeinstellungen können Sie außerdem einstellen, ob Nachrichten an Ihre hinterlegte E-Mailadresse weitergeleitet werden sollen.

Sind auch gewerbliche Händler erlaubt?

Ja, allerdings gelten für Gewerbetreibende andere Voraussetzungen, diese können in den Nutzungsbedingungen des Marktplatzes nachgelesen werden, die Sie ebenfalls auf der Webseite finden. Gewerbliche Anzeigen müssen z.B. gesondert ausgewiesen werden.

Wo finde ich den Marktplatz?

Unter www.dbbverlag.de, nach der Registrierung im Hauptmenü. Wenn Sie Fragen zu unserem Marktplatz oder dem Angebot des dbb verlag haben, melden Sie sich gerne unter kontakt@dbbverlag.de oder telefonisch unter 030. 726 19 17-0.

Wir freuen uns auf Sie.

Ihr dbb verlag

The screenshot shows the user interface of the dbb verlag Marktplatz website. At the top, there is a navigation bar with the dbb verlag logo and a breadcrumb trail: "Sie sind hier: Home > dbb verlag Marktplatz > Marktplatz > Kameras, Foto, etc. > Minolta X-500". Below this, the main heading "MARKTPLATZ" is displayed with sub-links for "Übersicht", "Neues Inserat", and "Meine Inserate". A category filter "Kameras, Foto, etc." is active, with a dropdown menu showing "Kameras, Foto, etc.". The main content area features a listing for a "Minolta X-500" camera, dated "01.08.2012" by "Veronika Verlag". The listing text reads: "Ich verkaufe eine Minolta X-500 Kamera. Es handelt sich dabei um eine etwa 30 Jahre alte, analoge Spiegelreflexkamera mit Standardobjektiv (1:7,5/50mm) und Bedienungsanleitung. Die Objektivklappe fehlt. Da es sich um einen Verkauf von privat handelt, gibt es keine Garantie und kein Rückgaberecht." Below the text, there are two small images of the camera. At the bottom of the listing, it says "Zustand: gebraucht", "Preis: 5 Euro zzgl. Versandkosten", and "Nachricht an Veronika Verlag". At the very bottom of the page, there is a footer with "© 2013 dbb verlag gmbh".

Anbieten. Stöbern. Finden.

Berliner Gymnasien bald vor dem Aus – Qualität der Lehrerausbildung wird per Gesetzentwurf verschlechtert

Desaster in der Berliner Bildungspolitik?

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Senatsbildungsverwaltung dazu verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler nach Eignung und Leistung zu fördern und in der Schule entsprechend auszubilden.

Unter dem Deckmantel sozialer Aspekte erfolgt eine „Gleichmacherei“, die weder die schwachen noch die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler zu einer ihnen angemessenen schulischen Ausbildung führt.

Leistung und Qualität sind die Garanten einer erfolgreichen schulischen Bildung. Dies gilt sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrerinnen und Lehrer.

Der neueste Vorschlag der Senatsbildungsverwaltung – der Entwurf des neuen Lehrerbildungsgesetzes, der sich im Wesentlichen an die Empfehlung der Kommission (Baumert) anlehnt – gefährdet nicht nur die Gymnasien, sondern auch die sachgerechte Ausbildung aller Lehrkräfte und die Anerkennung der Berliner Prüfungen durch die anderen Bundesländer. Die im neuen Gesetz dargestellten Lehrämter entsprechen in der Gesamtheit nicht den Beschlüssen der KMK.

1. Die „Gleichmacherei“ – die Einführung eines einheitlichen Lehramtes für Lehrkräfte an Oberschulen – gefährdet den sachgerechten Unterricht an der integrierten Sekundarschule (ISS) und an den Gymnasien. Das Gymnasium hat das vorrangige Ziel, die Schülerinnen und Schüler zur Hochschulreife zu führen, damit die Absolventen die notwendigen Voraussetzungen für ein akademisches Studium besitzen.

Für den Unterricht am Gymnasium – insbesondere in der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) – ist nach den Rahmenlehrplänen der Berliner Schule eine entsprechende fachliche Kompetenz notwendig, die nur die spezifische Ausbildung sicherstellt. Die ISS hat das vorrangige Ziel, die Schülerinnen und Schüler auf die duale berufliche Ausbildung in einem Ausbildungsberuf (einschl. Berufsbildungsreife) vorzubereiten. Allein die beiden sehr unterschiedlichen Ziele (Hochschulreife/Berufsbildungsreife) verdeutlichen, dass der Unterricht am Gymnasium bzw. an der ISS unterschiedlich zu gestalten ist. Dementsprechend müssen die Lehrkräfte auch entsprechend ausgebildet werden. Was im Sport selbstverständlich ist, dass der Fußballtrainer (zum Beispiel Jogi Löw) nicht die Handballmannschaft trainiert, will die Politik für die Bildung nicht akzeptieren. Die Berliner Schule benötigt für die ständig wachsenden Aufgaben aber dringend qualifiziert ausgebildete Lehrkräfte.

2. Mit der Schaffung „sonderpädagogischer Module/Elemente“ in der Lehrerbildung verliert die Berliner Schule das qualifizierte Lehramt des Sonderschulpädagogen. Trotz der Verpflichtung zur Inklusion glaubt die Politik, auf die qualifizierte Ausbildung von Sonderpädagogen verzichten zu können.

Frei nach dem Motto: „Alle Lehrer können alles.“ werden durch zum Teil nur bruchstückhafte Elemente sonderpädagogischer Lehrerbildung betroffene Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern in der Praxis erneut allein gelassen.

Es wird zudem darauf verwiesen, dass die Senatsbildungsverwaltung bis heute kein Fortbildungskonzept für die unter neuen Bedingungen tätigen Lehrkräfte vorgelegt hat, um die Inklusion in absehbarer Zeit sachgerecht umsetzen zu können.

3. Ausgesprochen kritisch sind die umfangreichen Ermächtigungen im Entwurf zum neuen Gesetz zur Lehrerbildung, die die parlamentarischen Rechte der Abgeordneten, die wesentlichen Inhalte des Gesetzes durch Beratung und Beschluss im Parlament zu beschließen, aushebeln. Es ist nicht nachvollziehbar, wie die Senatsbildungsverwaltung einen Gesetzentwurf vorlegen kann, ohne die dazugehörigen Verordnungen angeben zu können.

Hat die Senatsbildungsverwaltung noch keine Vorstellungen, wie sie das Gesetz umsetzen will? Oder will sie diese nur nicht offenlegen?

In dem Gesetzentwurf sind zum Teil nur Rahmen dargestellt. Wichtige Bestandteile, die sowohl die Quantität als auch die Qualität betreffen, fehlen. Eben diese sind die wesentlichen Faktoren, die ggf. über die Anerkennung der Berliner Prüfungen durch die KMK und die anderen Bundesländer sowohl über die Leistungsfähigkeit unserer Absolventen entscheiden.

Deshalb **MUSS** der Berliner Gesetzentwurf zur Lehrerbildung in Gänze abgelehnt werden.

Es bleibt zu hoffen, dass den Schülerinnen, Schülern, Eltern und Lehrern sowie Pädagogen eine Bildungspolitik ermöglicht wird, die ihrer hoheitlichen Aufgabe gerecht wird. Nur so ist die Zukunft zu meistern. Ringen wir gemeinsam darum, diese adäquat zu gestalten!

*Ferdinand Horbat,
für das Bündnis für Lehrer*



Kurzinfos zur Bundestagswahl

Broschüre zur Bundestagswahl am 22. September 2013

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit informiert über das Wahlverfahren zur anstehenden Bundestagswahl. Die Broschüre zur Wahl richtet sich insbesondere an Menschen mit Behinderung, gibt aber auch Hilfestellungen für Erstwählerinnen und Erstwähler und andere, die sich mit dem wichtigen Ereignis vertraut machen wollen. „Klar geh' ich wählen!“ heißt die übersichtliche Broschüre, die von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Kooperation mit der Landeswahlleiterin für Berlin, dem Berliner Aktionsbündnis für Menschen mit Behinderungen „Das Blaue Kamel“ und der Firma capito Berlin herausgegeben wurde. Auf 32 Seiten wird die Bedeutung der Wahl hervorgehoben und anhand zahlreicher Abbildungen dargestellt, wie das Wählen in Berlin funktioniert. U. a. sind ein Muster der Wahlbenachrichtigung und des Stimmzettels in der Broschüre abgebildet.

Die Broschüre „Klar geh' ich wählen!“ liegt kostenfrei für Berlinerinnen und Berliner in der Buchausgabe der Landeszentrale (1. Etage, Zimmer 137) bereit: An der Urania 4–10, 10787 Berlin-Schöneberg

(Nähe Wittenbergplatz), Tel.: 90 16 25 52.
Download barrierefreie PDF-Datei unter:
www.berlin.de/lzpb/aktuelles/neuigkeiten.html

Bundestagswahl 2013 für Kinder und Jugendliche in Berlin: U18-Wahllokale und Koordinierungsstellen in allen Bezirken

Im September ist Bundestagswahl, der Wahlkampf hat längst begonnen. Auch die Kinder- und Jugendwahl U18 nimmt an Fahrt auf. Bereits jetzt sind engagierte Einrichtungen dabei, jungen Menschen Politik näher zu bringen. Die eigentliche Wahl für alle unter 18 Jahren findet neun Tage vor der Bundestagswahl, am 13. September 2013, statt. Wählen können die Kinder und Jugendlichen in allen registrierten U18-Wahllokalen. In Berlin wurden bereits 168 Wahllokale angemeldet. Interessierte Einrichtungen können sich unter <http://www.u18.org> registrieren.

Quelle: Newsletter der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft 25-2013

Charité – Gesundheitsschutz und Demografie

Wir fordern ein Gesamtkonzept!

Die Arbeitgeberseite der Charité weigert sich nach wie vor, mit dem dbb für ein tragfähiges Konzept zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten sowie zur Lösung des absehbaren Demografieproblems Tarifverhandlungen aufzunehmen. Immer weniger Personal für immer mehr Patienten? Durchschnittlich immer älteres Personal für immer ältere Patienten? Immer höhere Belastungen durch immer pflegeintensivere Patienten? Deutschlandweit zu wenig Pflegepersonal auf den Stationen? Überlastetes Verwaltungspersonal für die Beschäftigten der Charité? Das kann nicht gutgehen!

Einzelmaßnahmen greifen auf Dauer zu kurz. Hier kann nur ein Gesamtkonzept helfen, das durch Prävention und Gesundheitsschutz unsere immer älter werdenden Beschäftigten in allen Arbeitsbereichen schützt und gesund erhält.

Deshalb fordern wir einen Tarifvertrag, der all diese Probleme möglichst umfassend löst – für die Beschäftigten in der Pflege genauso wie für die Be-

schäftigten in der Verwaltung, der Forschung und in allen anderen Bereichen der Charité.

Wir haben die Charité aufgefordert, mit dem dbb in Tarifverhandlungen zu folgenden Themen einzusteigen:

- > Altersteilzeit (für einen gleitenden Übergang in die Rente),
- > Entgeltumwandlung (für eine bessere Altersabsicherung),
- > Arbeitszeitkonten nach § 15 Abs. 1 TV Charité (für eine verbesserte Vereinbarung von Familie und Beruf),
- > Gesundheitsförderung und Prävention (hierzu gehört auch eine angemessene Besetzung in allen Bereichen, nicht nur auf den Stationen).

dbb beamtenbund und tarifunion –
Fachbereich Tarif

Mobbing „passiert“ nicht einfach so, sondern wird verursacht

Mobbingbeauftragte des dbb berlin

Dort, wo der Personalentwicklung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, wo Arbeit schlecht organisiert ist, wo das Betriebs- und Arbeitsklima zu wünschen übrig lässt, wird es schneller zu Mobbing kommen als anderswo.

Hat sich Mobbing im Betrieb bzw. der Dienststelle erst einmal festgesetzt, wird man es nur schwer wieder los. Daher ist es wichtig, rechtzeitig vorbeugend tätig zu werden, zum Beispiel durch Veranstaltungen, Faltblätter, Broschüren alle für das Thema zu sensibilisieren, Schulungen für die Beschäftigten einschließlich der Führungskräfte durchzuführen, Dienstvereinbarungen zum Schutz vor Mobbing abzuschließen und Ansprechpartner vor Ort zu benennen.

Bei persönlicher Betroffenheit ist oft eine Person des Vertrauens von enormer Wichtigkeit, die nicht in der eigenen Dienststelle beschäftigt ist, um einen ersten Schritt zu wagen und Wege zu finden, weit bevor sich ein körperlicher Schaden einstellt. Vor diesem Hintergrund bin ich als Mobbingbeauftragte des dbb berlin aktiv. Mein Name ist *Heike Schwarz-Weineck*. Seit vielen Jahren setze ich mich für die Belange der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins ein, unter anderem war ich in den verschiedensten Funktionen meiner Fachgewerkschaft gkl berlin und im dbb berlin aktiv, engagierte mich als Schwerbehindertenvertretung und Personalratsmitglied in „meiner“ Senatsverwaltung, war an der Erarbeitung der Dienstvereinbarung über den Schutz der Beschäftigten vor

Mobbing am Arbeitsplatz beteiligt sowie Mitglied in der Schlichtungsstelle. Seit Februar 2008 bin ich Leiterin des Büros des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in Berlin. Als langjährige ehrenamtliche Mobbingbeauftragte des dbb berlin stehe ich Mitgliedern der Fachgewerkschaften entsprechend meiner Möglichkeiten hilfreich zur Seite.



Heike Schwarz-Weineck

Auf der Homepage des dbb berlin werden auch in Kürze wieder nützliche Informationen rund um das Thema Mobbing zu finden sein. Um diese Seite aktuell zu gestalten, bin ich jederzeit an Zusendungen von neuen Informationen aus den Dienststellen interessiert. Und bitte denken Sie alle daran: Jeder „Mobber“ ist nur so stark, wie es die Kolleginnen und Kollegen zulassen.

Heike Schwarz-Weineck

Verband Bildung und Erziehung – VBE Landesverband Berlin

Inklusion in der Kostenfalle

Schon seit Jahren ist in Berlin der schleichende Abbau der Kapazitäten in den Förderzentren zu beobachten. Ohne einen Beschluss des Landesparlamentes zur Inklusion abzuwarten, werden von den Bezirken die Sonderschulen für Sprache, Lernen und Verhalten gegen Null gefahren.

Unter dem Deckmantel der Inklusion werden hier von den Bezirken, die den baulichen Unterhalt und vor allem die Fahrtkosten (Taxitransport) zur Schule zu tragen haben, Fakten geschaffen. Inklusion wird auf dem Rücken der betroffenen Kinder, deren Eltern kaum eine Lobby haben, umgesetzt. Viele dieser Kinder sind so anders, dass sie in den Grundschulen ihres Einzugsbereiches gemobbt und gequält wurden und werden von den „normalen“ Kindern. Für sie war und ist das Förderzentrum ein notwendiger Lernort. Die UN-Konvention, die von

den Befürwortern immer als Legitimation und Auftrag ihres Handelns angeführt wird, zielt weltweit auf die Länder, in denen Kinder mit Behinderung versteckt und zum Teil wie Tiere gehalten werden. Nun muss das Landesparlament eine Lösung finden, die Inklusion in Berlin mit ausreichend Personal auszustatten, damit die inkludierten Kinder auch noch gefördert werden können.

*Verantwortlich: Heidrun Quandt,
Landesvorsitzende des VBE Berlin*

Fußballsport beim dbb berlin

Wanderpokal überreicht

Seit über 25 Jahren stiftet der dbb berlin einen Wanderpokal für Betriebssportgemeinschaften (BSG), die sich dem Fußballsport verschrieben haben. An der Pokalrunde, die parallel zu den laufenden Meisterschaften für alle Altersstufen stattfindet, beteiligen sich ebenfalls nach dem Alter der Sportler differenzierte Gruppen, die ihren „Pott“ ausspielen.

Wie beim Profi- und Amateurfußball so gibt es auch im Betriebssport Mannschaften, die häufig im oberen Bereich der Tabelle oder im Pokalfinale und -halbfinale anzutreffen sind. Allerdings gibt es insoweit weder gesicherte Positionen noch Abonnementsmeister, da alle Mannschaften unter dem Wechsel der Spieler aus der einen Altersstufe in die nächsthöhere Stufe (nicht zu verwechseln mit einem Bewährungsaufstieg) oder in die von der sportlichen Aktivität frei gestellte Phase wechseln.

So waren es in diesem Jahr auch zwei für den Berichtserstatter neu in Erscheinung getretene Sportgemeinschaften, die das Finalspiel am 15. Juni 2013 um den „Beamtenbundpokal“ erreicht haben. Ja, die Trophäe heißt tatsächlich immer noch so wie in alten Stifterzeiten. Dafür war eine der am Finale beteiligten Mannschaften noch jünger als das Objekt der Begierde:

Die BSG Sachverständigenzentrum Berlin-Brandenburg e.V. besteht erst seit 2009 und wurde schon Meister der Saison 2012/13 und wollte nun gegen die alten Hasen der BSG des Bezirksamts Reinickendorf auch noch das Double erreichen und Pokalsieger werden.

Aber vor den Sieg haben die Götter bekanntlich den Schweiß gestellt, bei beiden Mannschaften! Und

dann kam es, wie es kommen sollte, nicht die Meister haben den Pokal entführt, sondern die vermeintlichen Underdogs aus Reinickendorf. In einem fairen und spannenden Spiel siegten die Nordberliner mit 2:1, nachdem sie zu Beginn der zweiten Halbzeit in Rückstand geraten waren. Kampfes- und Siegeswille brachten sie an die begehrte Trophäe, während die Meistermannschaft trotz guten und variantenreichen Fußballs in diesem Spiel zweiter Sieger wurde, wahrhaft zweiter Sieger, denn beide Mannschaften lieferten nicht nur ein spannendes, sondern auch ein besonders faires Spiel ab.

Die Sieger nahmen den Pokal begeistert entgegen. Er wurde ihnen vom stellvertretenden Landesvorsitzenden des dbb berlin, Bernd Raue, mit Glückwünschen für die starke Leistung und das starke Spiel übergeben. Auch dem zweiten Sieger gratulierte Bernd Raue für das Erreichen des Finales und die faire Spielweise.

Wie in diesem Jahr wird auch in der kommenden Saison, die nach dem Ende der Sommerferien beginnen wird, der „Beamtenbundpokal“ erneut ausgespielt, um dann im Frühsommer des folgenden Jahres als Wanderpokal einer würdigen Mannschaft überreicht zu werden.



> Bernd Raue, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb berlin (links im Bild) bei der Übergabe des Wanderpokals.



NÄHE IST UNSERE STÄRKE

Die Ziele der Personalratsarbeit:

- + Finanzierung einer antizyklischen Einstellungsoffensive
- + Sicherung der Funktionsfähigkeit der Berliner Verwaltung
- + Einführung eines neuen Berliner Personalmanagements
- + Verbesserung des Ansehens des öffentlichen Dienstes

DESHALB BRINGEN WIR DIE DINGE AUF DEN PUNKT

Der dbb berlin hat ein neues Handbuch zum Berliner Laufbahnrecht im dbb verlag herausgegeben. Das neue Laufbahngesetz wird erläutert. Personalräte erhalten das Handbuch über ihre Mitgliedsgewerkschaften.



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Die Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 17. Juli 2001 sieht die Gewährung von Leistungsprämien und Leistungszulagen an Beamtinnen und Beamte für herausragende Leistungen vor.

Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes

Dauderstädt: öffentlicher Dienst bereit für Veränderungen

(dbb) „Angesichts der globalen Herausforderungen, mit denen sich unsere Gesellschaft konfrontiert sieht, müssen sich selbstverständlich auch staatliche Strukturen wandeln. Der öffentliche Dienst ist bereit für Veränderungen.“ Das sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt mit Blick auf den Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2013 in Berlin.

„Wichtig ist aber, bei allen notwendigen Reformen die Beschäftigten mitzunehmen und funktionierende Strukturen nicht aus purem Aktionismus zu zerschlagen“, so Dauderstädt weiter. Soziale, ökonomische und ökologische Probleme könne heute kein Staat ganz alleine schultern. Umso wichtiger sei die internationale Kooperation auf allen staatlichen Ebenen und damit in allen Teilen des öffentlichen Dienstes. „Dabei ist nicht nur die Politik in der Pflicht, sondern auch die Beschäftigten und damit der dbb als deren Interessenvertretung. Wir leben das bereits heute, beispielsweise mit unserem Engagement in der CESI auf europäischer Ebene“, sagte Dauderstädt.

In Zukunft werde die zwischenstaatliche Zusammenarbeit eine immer größere Rolle spielen. Arbeitgeber und Beschäftigte müssten diesen Weg gemeinsam gehen.

„Für die Beschäftigten kann ich sagen: Wir werden uns dem Wandel nicht verschließen“, so der dbb Chef. „Im Gegenteil: Der öffentliche Dienst in Deutschland kann und will international Vorbild sein. Dieses starke Fundament müssen wir erhalten und dürfen es nicht in blindem Reformeifer aufgeben. Dafür wird der dbb als kritischer Begleiter der Politik sorgen.“

Brief zur Personalratsarbeit

Nähe ist unsere Stärke!

Nähe ist unsere Stärke, dies zeigen wir insbesondere bei der Unterstützung unserer Mitglieder in den Personal- und Betriebsräten. In regelmäßigen Abständen gibt der dbb beamtenbund und tarifunion zur Unterstützung der praktischen Arbeit in den Personalräten die sogenannten Briefe zur Personalratsarbeit heraus.

Der Personalratsbrief, über den wir heute einen Überblick verschaffen wollen, befasst sich mit Personalversammlungen.

Insbesondere wird dort darauf eingegangen, welche Funktionen und Befugnisse die Personalversammlung hat und für wen die Vorschriften für die Personalversammlung gelten. Wer darf eigentlich an den Personalversammlungen teilnehmen? Sie sind ja nicht öffentlich! Wichtig ist auch die Frage, wie oft die Personalversammlungen stattfinden und wer diese organisiert und leitet!

Sind die Personalversammlungen während der Arbeitszeit abzuhalten und ist die Teilnahme für die Be-

schäftigten Arbeits- bzw. Dienstzeit oder bedeutet die Teilnahme finanzielle Nachteile?

Wichtig ist auch die Frage, was die Gewerkschaften bei den Personalversammlungen zu beachten haben und was es mit dem Tätigkeitsbericht auf sich hat. Und, und, und ...

Haben wir Sie ein wenig neugierig gemacht? Das war beabsichtigt. Dann fordern Sie doch einfach den Personalratsbrief bei uns an. Schicken Sie uns eine E-Mail an post@dbb-berlin.de und wir übersenden Ihnen diesen Personalratsbrief umgehend online zu. Viel Erfolg bei Ihrer Personalratsarbeit vor Ort wünscht Ihnen der dbb berlin.

Diskussion um Länderfinanzausgleich

dbb Chef: Föderalismusreform gescheitert

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 20. Juni 2013 in Berlin anlässlich der Diskussion um den Länderfinanzausgleich erneut darauf verwiesen, dass die Föderalismusreformen in wichtigen Teilen gescheitert sind.

„Die Debatte um den Finanzausgleich muss geführt werden, aber sie greift noch zu kurz“, sagte der dbb Chef zur vom ehemaligen Finanzminister Hans Eichel vorgeschlagenen Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

„Wer über einheitliche Lebensverhältnisse und Ausstattungsstandards mit öffentlichen Einrichtungen spricht, muss auch über Personalausstattung im öffentlichen Dienst sprechen – denn ohne qualifizierte Leute können Sicherheit, Gesundheit und Bildung nicht auf gleich hohem Niveau gewährleistet werden“, so Dauderstädt. „Weil die Bundesländer wegen der unterschiedlichen Bezahlung ihrer Beschäftigten zunehmend stark auseinanderdriften, gerät das Niveau öffentlicher Dienstleistungen schon heute gefährlich ins Wanken. Vor diesem Hintergrund muss man klar sagen: Die Föderalismusreform ist insoweit

gescheitert. Seit die Länder die Hoheit über die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten haben, wird die Situation immer schlimmer. Verdienstunterschiede von mehreren Hundert Euro je nach Bundesland bei vergleichbaren Tätigkeiten sind keine Seltenheit.“

Dieses Problem werde sich über eine Neuordnung der Finanzströme nur bedingt lösen lassen. Dauderstädt dazu: „Wettbewerbsföderalismus als ein Wettbewerb der Ideen kann hilfreich sein. Mindeststandards, die wir als Gesellschaft gemeinsam definieren müssen, dürfen aber nicht untergraben werden. Deshalb brauchen wir ein klares Bekenntnis der Bundesländer, zu bundesweit einheitlichen Entgeltstrukturen im öffentlichen Dienst zurückzukehren. Andernfalls wird die von Hans Eichel zu Recht angeordnete Öffnung der Schere zwischen starken und schwachen Regionen sich weiter beschleunigen.“

Regierender Bürgermeister beim Landeslabor

gkl berlin initiiert Arbeitsbesuch

Beim traditionellen Maiempfang des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Wowereit, im Roten Rathaus konnte die Abordnung des Landeslabores Berlin-Brandenburg (Betriebsgruppe der gkl berlin im Landeslabor), die jeweils im Personalrat und als Frauenvertreterin tätig ist, den Regierenden Bürgermeister überzeugen, sich das Gebäude und Arbeitsumfeld in der Invalidenstraße anzusehen.

Am 24. Juni 2013 hat der Regierende Bürgermeister von Berlin durch die Einladung der Interessenvertretung des Landeslabores Berlin-Brandenburg (LLBB) den Standort Berlin besucht. Ihm wurden beispielhaft die Fachbereiche I-6 (Lebensmittelmikrobiologie, Gentechnik), III-4 (Infektionsdiagnostik) und II-3 (Kontaminanten) vorgestellt. Dort konnten ihm sehr eindrucksvoll die erschwerten Arbeitsbedingungen in dem desolaten Gebäude in Berlin gezeigt werden. Die Erhaltung der Qualität der Arbeit in einem akkreditierten Labor ist unseres Erachtens zwingende Voraussetzung für einen bürgerorientierten und kompetenten Verbraucherschutz in Berlin und Brandenburg. Im anschließenden Gespräch im Vortragssaal versicherte uns der Regierende Bürgermeister, dass er die derzeitige Situation und Entwicklung zum Gebäude

Invalidenstraße im Auge behalten wird. Im Sinne der Wertschätzung für alle Beschäftigten des LLBB sicherte er zu, den Neubau am Standort Berlin zu unterstützen und durch Nachfragen auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Er beabsichtigt, bei der Grundsteinlegung und der Eröffnung anwesend zu sein.

Ins Gästebuch des LLBB schrieb er folgende Worte: „Vielen Dank für die vielen Informationen, viel Erfolg bei der für Berlin und Brandenburg wichtigen Arbeit.“



Ein Weckruf von Bodo Pfalzgraf (DPolG)

Der Neptunbrunnen als Brennglas gesellschaftlicher Realität

Klare Positionen sind mein Steckenpferd. Sie sind für mich aber nicht nur mehr als ein Hobby, sondern sollen auch Orientierung geben. Wir Polizisten machen gern Unterschiede. Zwischen Richtig und Falsch, zwischen Gut und Böse, zwischen Schwarz und Weiß. Wohl wissend, dass das Leben oft grau ist. Wir machen diese Unterschiede, weil wir in unserer gesellschaftlichen Funktion sonst schnell die Orientierung verlieren würden. Der Neptunbrunnenfall ist dafür ein ganz exemplarisches Beispiel.



Bodo Pfalzgraf

Geht ihr wieder Nackte schießen?

Die besserwissenden Gutmenschen dieser Stadt verursachen mit einseitiger Stimmungsmache ja nicht nur Wirkungen bei den Beteiligten wie den Angehörigen des Betroffenen oder den eingesetzten Beamten. Der gesellschaftspolitische Schaden ist viel größer. Wenn eine Woche nach dem tragischen Einsatz Schutzleute auf dem Alex mit den Worten begrüßt werden: „Na, geht ihr wieder Nackte erschießen?“, dann läuft was schief in dieser Gesellschaft.

Breite Front der Ahnungslosen

Der schleichende Prozess politischer Diffamierung der Polizei ist weit fortgeschritten. Der gesellschaftliche Konsens gegen jede Gewalt hat sich in einer Art Meinungssuppe aufgelöst. Auch in den Schulen Berlins sind Legalitätsprinzip und Gewaltmonopol des Staates oft Fremdworte. Eine breite Front der Ahnungslosen hätte natürlich anschließend alles anders und besser gemacht. Jeder, der in diesem Land mindestens einen Tatort gesehen hat, fühlt sich ganz offenbar zum Polizeipräsidenten, zumindest aber zum Polizeiexperten berufen.

Wir haben in unserer Medienarbeit zu diesem Fall alles gegeben, damit kein einseitig falsches Licht auf den Einsatz fällt. Und wir haben sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Klaus Kandt und Frank Henkel sich ebenfalls wohlthuend deutlich positioniert haben. Das gab es lange nicht und das brauchen die Menschen in der Polizei.

Taser ideologiefrei diskutieren

Nur, damit wir uns klar verstehen: Der Gesetzgeber ist zuständig für die Eingriffsrechte. Und die Lücke der Zwangsmöglichkeiten zwischen Schlagstock und Schusswaffe ist lange bekannt. Sie war bislang gewollt. Gegen lebensbedrohliche Messerangriffe gibt

es im täglichen Dienst in aller Regel nur ein geeignetes Zwangsmittel – die Schusswaffe. Wenn wir als DPolG nun für ein non-letales Einsatzmittel – den Taser – dazwischen votieren, dann wollen wir das ideologiefrei und fachlich diskutieren. Dazu gehört auch, die bislang vorliegenden Fälle auf Suicid-by-Cop-Situationen zu untersuchen.

Einsätze sind keine Warzen, die man wegsprechen kann

Klar können wir über mehr Fortbildung in den verschiedensten Bereichen reden. Sie ist wünschenswert. Am Ende des Tages steht auf der Straße aber immer eine Wahrheit: Nicht jede Einsatzsituation wird sich wie eine Warze wegsprechen lassen. Die Polizei ist nicht mit dem Gewaltmonopol ausgestattet, um es zu missbrauchen oder nicht zu gebrauchen, sondern um die Freiheit in diesem Land gegen jedermann zu verteidigen. Die Freiheit des Einzelnen, die Grundrechte der Menschen. Wer sie verletzt, bekommt Ärger. Erst von der Polizei, dann von der Justiz. So sollte es sein. So ist unser Beruf.

Kranker Reflex polizeilicher Diffamierung

Doch die Protagonisten der systematischen politischen Polizeidiffamierung haben schon die nächste Schweinerei im Rohr. Den allgegenwärtigen Vorwurf des Rassismus. Er wird meist unwiderlegbar konstruiert und von der Mediengesellschaft genüsslich als Selbstläufer durchgeleiert. Der kranke Reflex funktioniert einfach. Jegliche Polizeigewalt ist bis zum Beweis des Gegenteils illegal. Wer den Vorwurf von Polizeigewalt oder Polizeirassismus erhebt, muss Opfer sein. Wenn einschlägige Menschenrechtler den Eindruck erwecken, Deutschland sei das Land der finsternen Polizeigewalt, der Folterer und Todesschützen, dann muss offensiv zurückgefragt werden: Wem nützt es, wer steckt dahinter?

Polizeiarbeit ist Handwerk

Darum richtet sich mein Weckruf an alle Schutzleute. Nicht an die stromlinienförmigen Typen, die ihr Rückgrat am Haken tragen oder die ihren polizeilichen Werdegang ohne jeden Kontakt zu Straftätern oder Bürgern absolvieren. Sondern an diejenigen, für die trotz aller Nackenschläge der Beruf Berufung ist. Für die Kameradschaft kein Schimpfwort, sondern gelebter Teamgeist ist. An jene, die polizeiliche Arbeit als Handwerk verstehen.

Bleibt, wie ihr seid, werdet laut, intern, gewerkschaftlich, notfalls öffentlich. Lebt mit Mut die preu-

ßischen Tugenden – denn selbst Schutzleute haben eine Seele!

Mein besonderer Dank richtet sich an den Kameraden Schlusnath von der 22. EHu für den mutigen Leserbrief im Tagesspiegel (<http://m.tagesspiegel.de/meinung/leserbrief-eines-berliner-beamten-polizisten-zwischen-den-fronten/8424908.html>).

Wir werden beobachten, welche Kritikkultur unsere Behörde zukünftig lebt.

Antrittsbesuch

Die Linke und der dbb berlin

dbb berlin zum ersten Gespräch bei der Fraktion Die Linke

Am 18. Juni 2013 traf sich die Landesleitung des dbb berlin zu einem ersten Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion Die Linke, Udo Wolf, und dem Mitglied des Hauptausschusses, Carola Bluhm. Seitens der Landesleitung des dbb berlin nahmen der Landesvorsitzende Frank Becker sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Monika Opitz, Bodo Pfalzgraf und Ferdinand Horbat teil.

In dem Gespräch wurden die derzeit drängenden Fragen wie Besoldungsanpassung, Personalmanagement, Lehrerverbeamtung sowie Wertschätzung der Beschäftigten diskutiert. Auch nach den Zensus-Zahlen ist die Situation des Landes Berlin – nach Ansicht der Linken – zwar so, dass im Rahmen des Haushalts Prioritäten gesetzt werden müssen, aber neue Einsparungen müssen hier nicht vorgenommen werden, da

der Senat einen entsprechenden Puffer bereits angelegt habe. Auch würden – aufgrund der derzeit günstigen Zinsen – im Rahmen der Zinszahlungen Minderungen zu verzeichnen sein. Ein konservativ gerechnetes Wirtschaftswachstum von etwa 1,8 Prozent würde ebenfalls dazu beitragen, den Haushalt des Landes Berlin durch Mehreinnahmen zu entlasten.

Dem dbb berlin wurde dann noch das in der Fraktionsklausur im März 2013 verabschiedete Personalentwicklungskonzept übergeben. Dieses Papier wird dem Landesvorstand des dbb berlin zur Aus- und Bewertung zugeleitet werden.

dbb berlin und Die Linke verabredeten, dass auch zukünftig ein reger Informationsaustausch stattfinden soll.



Frank Becker, Carola Bluhm, Udo Wolf, Bodo Pfalzgraf, Ferdinand Horbat und Monika Opitz (von links)

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb – beamtenden und tarifunion – berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Mommsenstraße 58, 10629 Berlin, Telefon 030.3279520, Telefax 030.32795220, E-Mail: post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, www.dbbverlag.de, kontakt@dbbverlag.de. Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. ☎ 02102.74023-0, Fax 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra-Opitz-Hannen, ☎ 02102.74023-715. Anzeigen-**disposition**: Britta Urbanski, ☎ 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 10, gültig ab 1.10.2012. **Herstellung**: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout**: FDS, Geldern. Fotos: dbb berlin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Antrittsbesuch in der Innenverwaltung

Staatssekretär Andreas Statzkowski empfängt dbb berlin

dbb berlin zum ersten Informationsaustausch bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Zu einem ersten Gespräch kam die neue Landesleitung des dbb berlin mit dem Staatssekretär Andreas Statzkowski und Verwaltungsmitarbeiterinnen bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zusammen. Gesprächsinhalte waren u. a. die Möglichkeiten des Shared Services für die Berliner Verwaltung, also die Konsolidierung und Zentralisierung von Dienstleistungsprozessen einer Organisation. Staatssekretär Statzkowski versicherte erneut, dass bei der Bündelung von Aufgaben (Bearbeitung der Personalvorgänge/-akten beim Landesverwaltungsamt) in kleinster Weise an die Einrichtung eines Landespersonalverwaltungsamtes gedacht werde.

Die Personalaktenverwaltung durch das Landesverwaltungsamt – die sich aus der Sicht der Innenverwaltung sehr bewährt hat – soll weiter ausgebaut werden. Allerdings bleiben alle Personalentscheidungen bei der entsprechenden Senatsverwaltung. Das Landesverwaltungsamt führe diese Entscheidungen – wie bisher – lediglich aus.

Darüber hinaus wurden Themen wie IT-Verfahren und die Einführung der E-Akte sowie die Vorbereitung eines E-Government-Gesetzes diskutiert. Hierzu wurden weitere Gespräche und auch Info-Veranstaltungen verabredet.

Arbeitgeber muss Kosten für zwingend notwendige Arbeitsmittel erstatten

Aus der Rechtsprechung

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 12. März 2013 – 9 AZR 455/11;

Landesarbeitsgericht Niedersachsen, Urteil vom 2. Mai 2011 – 8 Sa 1258/10 -

Nach einem Urteil des BAG muss der Arbeitgeber einer Lehrkraft die Kosten für den Erwerb des zwingend notwendigen Schulbuches erstatten. Das beklagte Land stellte mit Beginn des Schuljahres der Lehrkraft das für den Unterricht notwendige Schulbuch nicht zur Verfügung. Da auch die Überlassung des Schulbuches aus der Schulbibliothek abgelehnt wurde, kaufte die Lehrkraft das Buch zum Preis 14,36 Euro selbst. Die klagende Lehrkraft beantragte beim beklagten Land ohne Erfolg die Erstattung des Kaufpreises. Das beklagte Land verwehrte die Kostenerstattung mit den Hinweisen, dass der Schulträger die Kosten zu tragen hätte und dass der Kläger ggf. die Kosten im Rahmen der Einkommensteuererklärung als Werbungskosten steuermindernd geltend machen kann.

Das BAG widersprach der Darlegung des beklagten Landes. Maßgebend für die Argumentation des BAG war, dass der Unterricht ohne das Schulbuch nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden konnte, dass der Erwerb des Buches nicht durch die Vergütung abgegolten ist und das beklagte Land sich mit den Hinweisen auf den Schulträger bzw. Geltendmachung im Rahmen der Einkommensteuer seiner Verpflichtung nicht entziehen kann.

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes gilt auch für die angestellten Lehrkräfte in Berlin.

Quellen: BAG und LAG
Ferdinand Horbat